

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

29.9.1931 (No. 226)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: L. R.: G. A. Gehring, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, Karlsruhe, Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einzl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfl.; Samstag 15 Pfl. — Anzeigengebühr: 14 Pfl. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gescher frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasienrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bearbeitet. Bei Abgabe von Anzeigen ist der Redaktion der jeweilige Inhalt des Artikels, des Textes oder in deren unterer Kolumne, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Zeit übernommen. Abfertigung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksbildungsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Währung und Sparere

Brüning und Luther für unbedingtes Festhalten an der Goldwährung

Auf der 50. Jubiläumstagung des Deutschen Sparvereins und Giroverbandes in Berlin hielt am Montag Reichskanzler Dr Brüning eine Rede. Er sagte u. a.: Angeht die schwerwiegenden Entscheidungen, vor denen die Welt durch das Sinken der Standardwährung steht u. die möglicherweise die Wirtschaftsentwicklung auf Jahre hinaus festlegen könnten, müsse eine klare Linie in politischer Hinsicht gefasst und voreilige Beschlüsse vermieden werden. Die Währung muß in Deutschland unverändert erhalten bleiben. Kein Volk, das wie das deutsche das furchtbare Erleben einer Inflation über sich ergehen lassen mußte, wird es erneut ertragen können, wenn in den Zeiten größter Unsicherheit und Angst erneut dem Vertrauen auf den Bestand der Sparvermögen und Rücklagen ein Stoß veretzt würde. Die Regierung wird darum im Verein mit der Reichsbank alles tun, um die Währung in ihrem Bestande zu schützen.

Wenn es gelinge, Ansprüche und Preise auf billigerer Richtung zu konzentrieren, wenn die Lebensweise erleichtert und der Zinsfuß gehoben werde, dann werde auch der Sparfüß neue Anregungen finden. Zur Steigerung des Vertrauens wird — so sagte der Kanzler — vor allem auch die Schaffung von Sicherheiten gegen eine mit den Erfordernissen der Volkswirtschaft nicht im Einklang stehende Kapitalverteilung angestrebt werden. Gerichte über Verschlagnahme von Sparvermögen wies der Kanzler als völlig unbegründet zurück. Zur Erhaltung und Förderung der Sparvereine müßten Banken, Sparkassen und Genossenschaften zusammenarbeiten, worin sie von den Behörden nach besten Kräften unterstützt werden würden. Die Tatsache, daß auch in den schweren Zeiten der letzten Jahre die Sparvereine eine beträchtliche Höhe erreicht hätten, sei der Beweis eines starken Vertrauens der breiten Öffentlichkeit und für den gesunden Kern unserer Wirtschaft.

Nach dem Reichskanzler ergriff der preussische Innenminister, Severing, das Wort. 12 Milliarden Reichsmark Sparanlagen seien von 18 Millionen Sparern nach der Inflation gespart worden. Dem Sparerleger fahre nicht nur die Sparkasse mit ihrem Vermögen, sondern daneben auch der kommunale Gewährsverband mit seiner Steuerkraft. Unbedingt erforderlich sei eine Reform bei den Sparkassen je nach Notwendigkeit. Den Sparkassen müsse eigene Rechtspersönlichkeit gegeben werden, um das Sparvermögen von dem sonstigen Gemeindevermögen zu trennen. Die Liquidität und die Liquiditätsreserve der Sparkassen und Girozentralen müßten stärker gesichert werden. Im Kommunalbereich sei eine engere Grenzziehung vonnöten, ebenso eine überdurchschnittliche Kontrolle. Das alles dürfe aber nicht zur Befähigung der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Sparvereine führen.

Reichsbankpräsident Dr. Luther machte in einer Ansprache einige grundsätzliche Bemerkungen über die deutsche Währungsposition angesichts der Entwertung des Pfundes. Er wandte sich scharf gegen die Inflationsidee und gegen die Gebankengänge, die im Hinblick auf die Einstellung der Goldlösung durch die Bank von England und die daraus für die englische Wirtschaft sich ergebenden vorübergehenden Vorteile ausgesprochen werden. Neue Aufträge für die Industrie, Exportprämie im Preise usw., dieses Wohlbehinden sei nur im ersten Stadium der Inflation vorhanden, was Deutschland am eigenen Leibe erlebt habe, sehr bald würden Kosten und Preise steigen. Für Deutschland scheide der Gedanke, es könnte eine defizitäre, eine kontrollierte Inflation geben, aus. Dr. Luther betonte, daß er es weit von sich weise, durch Inflation den deutschen Sparern um sein Kapital zu bringen.

Für Deutschland gebe es noch ein besonderes Hindernis, die Goldparität zu lassen, nämlich die Salutaschulden, da es an das Ausland vorwiegend in Gold, Dollar oder in anderen goldbeständigen Währungen und nur zu einem geringen Teil in Pfunden verschuldet sei. Infolgedessen würde uns in unserer Lage eine Abwertung der Reichsmark keine Erleichterungen im Schuldenstand bringen, zumal unsere Auslandsverschuldung in der Gesamtverschuldung die entscheidende Rolle spiele. Mit Rücksicht auf die besondere Lage der deutschen Währung innerhalb des Goldproblems der Welt könne die Stellungnahme Deutschlands nicht davon abhängig gemacht werden, ob nicht andere Länder aus den besondern Voraussetzungen ihrer Lage heraus ähnliche Schritte wie England tun. Auf keinen Fall sollte man übersehen, daß die englische Lage die Besonderheit behalte, daß möglicherweise infolge Auslaufens der von England gewährten Kredite eine stärkere Pfundnachfrage einsetze.

Die für die Schaffung neuer Währungen gemachten Vorschläge (Hoggenmark, Rentenmark, Steuermark, Arbeitsmark usw.) bezeichnete Dr. Luther als reine Inflationen. Alle diese Projekte gingen darauf aus, neue Zahlungsmittel zu schaffen, ohne sich an den alten Währungsgrundfah zu halten, daß der Zahlungsmittelumlauf nicht über die Grenze hinausgehen dürfe, die sich aus dem Warenumlauf ergebe. Die Bindung an das Gold gewährleistete objektiv die Einhaltung dieser Grenze, deren Überschreitung Inflation bedeute. Das Festhalten an der Goldwährung bewahre Deutschland vor unübersehbaren Schwierigkeiten und werde schließlich auch Deutschlands Kredit stärken.

Letzte Nachrichten

Das Herbstprogramm der Reichsregierung

Wiederaufnahme der Beratungen

BRN. Berlin, 29. Sept. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist das Reichskabinett heute vormittag um halb 11 Uhr zusammengetreten, um die durch die Lage des französischen Ministerbefehles unterbrochenen Beratungen über das Herbstprogramm wieder aufzunehmen. Auch für heute nachmittags ist eine Kabinettsitzung vorgesehen, so daß man annehmen kann, daß der Kanzler die Beratungen nun beschleunigt zu Ende führen will. Die außenpolitischen Fragen, die mit Genf zusammenhängen, dürften heute wohl noch nicht zur Sprache kommen, zumal ja vorgelesen war, daß sie zunächst noch einmal zwischen dem Reichskanzler und Dr. Curtius in einer persönlichen Aussprache behandelt werden.

Der deutsch-französische Ausschuss

Vorerst nur ein Rahmen für weitere Zusammenarbeit

M. Berlin, 29. Sept. (Priv.-Tel.) Das amtliche Komunique, das im Anschluß an den französischen Besuch veröffentlicht wurde, hat zu manchen Mißverständnissen in der Presse Anlaß gegeben. Es wird noch einmal betont, daß politische Fragen nicht erörtert worden sind, auch nicht die Frage der Reparationen. Ebenso wenig ist vom Rußland-Geschäft gesprochen worden, welche Frage den Beratungen der Kommission vorbehalten bleibt.

Man hat in diesen zwei Tagen überhaupt nur den Rahmen für eine wirtschaftliche Verständigung gezogen, ohne jedoch schon in materielle Einzelheiten einzugehen. Diese Dinge bleiben erst den weiteren Verhandlungen vorbehalten. Dazu gehört auch die Ernennung der Mitglieder und Sachverständigen. Es steht noch nicht einmal fest, ob man Listen wählt oder für den Einzelfall besondere Ernennungen sich vorbehält, also auswechselbare Sachverständige. Ebenso sei erwähnt, daß die Bezugnahme auf neue Absatzmöglichkeiten nicht etwa anfänglich, daß man an bestimmte Länder dabei gedacht hat.

In Berlin scheint man somit Gewicht darauf zu legen, daß die deutsch-französischen Abmachungen nicht dahin aufgefaßt werden, als richteten sie sich gegen andere Staaten.

Goldklausel und Sterling-Kurs

Regelung in der Notverordnung

M. Berlin, 29. Sept. (Priv.-Tel.) Der Reichsfinanzminister hat heute eine Verordnung herausgegeben, die durch das Winken der englischen Währung notwendig geworden ist. Es handelt sich um die Frage der Umrechnung in besonderer Beziehung auf die Kriegsgeldscheine. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß durch eine Umrechnung nach den bisherigen gesetzlichen Anordnungen die „Goldmark“, wie sie in den Entschädigungen vorgehoben ist, nur einen Wert von 0,91 RM. hätte. Infolgedessen wird eine entsprechende Bestimmung veröffentlicht. Für andere Zahlungen, die gleichfalls auf der Goldklausel, ist ein Erlaß des Reichsfinanzministers an sich nicht zulässig. Diese Frage soll vielmehr in der kommenden Notverordnung geregelt werden.

Der Konflikt in der SPD.

BRN. Berlin, 29. Sept. (Tel.) Wie wir hören, ist der Parteivorstand der SPD heute zusammengetreten, um abschließend zu dem Konflikt mit den Reichstagsabgeordneten Seidewitz und Rosenfeld Stellung zu nehmen. Wenn sie entgegen dem Beschluß des Parteiaussschusses an dem oppositionellen Zeitschriften festhalten wollen, soll mit dem Ausschluß beider Abgeordneten zu rechnen sein. Neuerdings hat sich gegen die Auffassung des Parteivorstandes auch der Bezirksvorstand Zwickau gewandt, indem er den Abg. Seidewitz wieder in seine Ämter einsetzte. Hiermit ist demnach ein Konflikt zwischen der Leitung der SPD und der Mehrheit des Zwickauer Parteigremiums entstanden, zu dem der Parteivorstand heute gleichfalls Stellung nehmen soll. Ein Beschluß ist erst für die Abendstunden zu erwarten.

Große politische Debatte auch im Preußenlandtag

BRN. Berlin, 29. Sept. (Tel.) Die Tagesordnung der ersten Plenarsitzung des Preussischen Landtags am 13. Oktober enthält eine Reihe kleiner Vorlagen, u. a. die Erleichterung von Anträgen wegen der Behandlung des Kolonialproblems in den Schulen und der Entfernung des Komms. „Im Westen nichts Neues“ aus den Schulbüchern. Ferner steht eine Denkschrift über die praktischen und pädagogischen Erfahrungen mit dem Religionsunterricht in den Berufsschulen zur Aussprache. Am 14. Oktober soll eine große politische Aussprache beginnen. Dieser Debatte liegen Mißtrauensanträge gegen das Staatsministerium zugrunde.

Dr. Luther schloß damit, daß die wichtigste Stütze, die die Reichsbank den Sparkassen und ihren Zielen geben könne, das unverbrüchliche Festhalten an der stabilen Goldwährung sei.

Das Ergebnis des Berliner Besuchs

Ein amtliches Komunique

Die französischen Minister haben heute, Dienstag morgen die Rückreise nach Paris angetreten. Sie besuchten Montag mittag in Berlin das Pergamon-Museum in Begleitung des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers und fuhrten dann nach dem Schloß Brüningslinden bei Gladow an der Havel, das dem Vorbesitzer der Höchster Farbwerte, der kein Verwandter Brünings ist, gehört und jetzt ein Klubheim des Automobilclubs von Deutschland ist. Dort fand nach einem Frühstück eine „Unterredung unter vier Augen“ statt. Auf dem Rückweg besuchten Briand und Curtius gemeinsam Potsdam, während Laval und Brüning direkt nach Berlin zurückführten. Zum Abschluß des Besuchs veranstaltete der französische Volschafter Poncelet ein Essen, an dem die deutschen und die französischen Staatsmänner, eine Anzahl Mitglieder des Reichskabinetts und der preussischen Regierung, ferner Reichsratsmitglieder, Abgeordnete, deutsche und fremde Diplomaten, darunter verschiedene fremde Volschafter, und Vertreter des öffentlichen Lebens aus den verschiedensten Berufskreisen teilnahmen. Während der Mahlzeit brachte der französische Volschafter einen Trinkspruch auf den Reichspräsidenten und den Präsidenten der französischen Republik aus.

Ein am Montagabend ausgegebenes Komunique über die Ergebnisse der Ministerbesprechungen enthält im wesentlichen Angaben über die Einsetzung und Funktionen des künftigen deutsch-französischen Ausschusses, sowie über die Gliederung seines Aufgabentereiches, das wirtschaftliche, finanzielle und technische Einzelheiten der Zusammenarbeit umfaßt. Es besagt: Der französische Ministerpräsident und der französische Außenminister sind nach Berlin gekommen, um den Besuch zu erwidern, der ihnen seinerzeit der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen in Paris abgelaftet haben. Zugleich war es ihre Absicht, ihre früheren Besprechungen zu einem Ergebnis zu führen.

Die Vertreter der beiden Regierungen haben erneut ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß ihr Ziel die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Sie sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gegenseitigen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Bemühungen zu vereinen, um Lösungen zur Linderung der Not zu finden.

Den deutschen und den französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten verspricht. Sie sind dementsprechend übereingekommen, eine gemischte deutsch-französische Kommission zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft, wie auch der Arbeitnehmer, bestehen soll. Die Leitung der Kommission wird Mitgliedern beider Regierungen obliegen. Außerdem wird ein gemeinsames ständiges Generalsekretariat eingerichtet. Die Kommission wird ihre Sitzungen je nach Bedarf in dem einen oder anderen Lande abhalten und ihre Arbeiten als bald aufnehmen.

Die Kommission hat die Aufgabe, alle die beiden Völker betreffenden Wirtschaftsfragen zu prüfen, ohne dabei die Interessen anderer Länder und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus den Augen zu verlieren. Sie wird vor allem die Möglichkeiten prüfen, die bereits bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen zu verstärken und auszubauen und neue Vereinbarungen abzuschließen, und zwar gegebenenfalls in neuen Organisationsformen. Sie wird den gegenwärtigen Stand des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern untersuchen, um die seit dem Inkrafttreten des Handelsabtrages von 1927 gesammelten Erfahrungen nutzbar zu machen. Sie wird weiter gemeinsam nach neuen Absatzmöglichkeiten suchen. Nach übereinstimmender Ansicht ist diese Aufzählung nicht erschöpfend.

Die Vertreter der beiden Länder legen Wert darauf, klar zum Ausdruck zu bringen, daß sich ihr Vorgehen nicht gegen die Wirtschaft irgendeines anderen Landes richtet. Sie erklären, daß sie es ablehnen, die Lösung der der Kommission zugewiesenen Fragen etwa in gemeinsamem Vorgehen auf dem Gebiete von Zolltariffen zu suchen. Sie werden sich an die allgemeinen Bestrebungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise halten und werden um Mitarbeit aller Völker in jedem Falle nachsuchen, wo die Sachlage dies erfordert. So könnte u. a. die Durchführbarkeit internationaler Abmachungen über Schiffsahrt- und Luftverkehr geprüft werden.

Die Vertreter der deutschen und der französischen Regierung sind überzeugt, daß sie hiermit den Grundstein zu einem Werk des Aufbaues legen. Dieses Werk soll der erste Schritt zu einer Gemeinschaftsarbeit sein, die ein Gebot der Stunde ist und an der mitzuwirken alle berufen sind.

Berliner und Pariser Kommentare

Das Komunique wird in meisten Berliner Blättern ausführlich besprochen. Die „Post. Ztg.“, die gleichzeitig die Medien auf der Tagung der Sparkassen unter dem Motto „Arm, aber ehrlich“ bespricht, schreibt, die Arbeit in Stresemanns Geist geht weiter.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 59. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

